

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erste

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 90.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 81.50 M.
Telegramm-Adresse: Zeitung. I. Ansprecher Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 1.50 M. berechnet; auswärts 2.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 3.— M. Verbindlichkeit für Platz, Datenerklärung und Befreiung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.

Annahmehöhe für Offerten und Anstufung beträgt 50 Pf. Zeitungsbeklagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerlei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 92.

Donnerstag, den 10. August 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 10. August 1922.

Niesenzilze. Im Garten der Witwe Klein gegenüber der Deismühle wurden gestern zwei Niesenzilzen gefunden. Jeder hat ein Gewicht von 4½ Unzen und einen Durchmesser von 32 cm. Das Alter der Zilze beträgt ungefähr 3 Tage. Im Schaufenkübel des Wegereimeisters Meurer sind dieselben einige Tage lang aufbewahrt.

Wohlfahrtsgemeinde. Die Erhebung der Beiträge für 1922 hat erst zu einem kleinen Teil durchgeführt werden können. Erfolgreicherweise kann festgestellt werden, daß der Gedanke des Wohlfahrtswerts fast durchwegs den nötigen Verständnis begegnet. Manche Einwohner haben ansehnliche Beiträge gezahlt, so daß die Gemeinde bereits den Betrag von 5155 Mark erreicht hat. Die Einziehung der Beiträge wird ihren Fortgang erwarten. Angesichts des erhabenen Zweckes wird damit gerechnet, daß sich niemand ausschließt. Die wirtschaftliche Not macht sich täglich fühlbarer. Jeder Haushalt muß das Mittel zum Leben taum zu erschwingen. Umso mehr sollten wir der Mitbürger gedenken, deren Einkommen nicht entfernt zum Lebensunterhalt ausreicht. Die Jahresbeiträge freudig gekündet werden, damit die Wohlfahrtsgemeinde weiterhin in Segen wirken kann. Besonders sind alle Männer und Frauen, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, zur Mitgliedschaft berufen. Die Herzen und Hände auf!

Sportliches. Bei den am Sonntag den 6. August abgehaltenen Wettkämpfen des Sportvereins Helfmann gelang es der Rennmannschaft des Turnvereins „Fischer Hut“ bei der unter harter Konkurrenz gelaufenen 1000m Staffeln den 3. Platz hinter Kurhessen- und Hagen- und Hagen-Sportverein Cassel zu belegen.

Der 11. August schulfrei. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat angeordnet, daß in sämtlichen Schulen, soweit nicht Ferien sind, am Donnerstag, den 11. August d. J. aus Anlaß der Wiederkehr des Verfassungsktages eine würdige Feier stattzufinden

hat, bei der die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend darzulegen ist. Im übrigen ist der Tag schulfrei.

Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 31. Juli d. J. II G. 1731 die Jugendvereine „Die Knappenschaft“ mit dem Sitz in Cassel für den gesamten Reich des Freistaates Preußen aufgelöst.

Wintervorrat. In seiner hübschen kleinen Fabel von der Grille und der Ameise erzählt Lafontaine von der fröhlichen Grille, die den ganzen Sommer über sang und bei Wintersnot von der Ameise — Konserven leihen wollte. Das Singen wird ja unseren Hausfrauen angeht, die der hohen Gemüsepreise längt vergangen sein. Aber man eh denkt, vielleicht angesichts der üppigen Fälle schöner Dinge, die man jetzt täglich in vollen Körben zum Kauf angeboten sieht, daß sie sich in bezug auf den Vorrat der Wintermonate getrost auf die Konservenfabriken verlassen könne. Doch wird der in die Höhe galoppierende Dollar ihr auch da noch böse Enttäuschungen bereiten und sie die fleißigen Ameisen beneiden lassen, die jetzt in den Sommermonaten, mit schweren Einkaufspfeilern und großer Mühe ihre Konservengläser und Gemüsetöpfe zu füllen streben. Gerade der August ist solch ein Ameisenmonat. Fürs Einweichen kommen in allererster Linie die Bohnen dran, wenn man sie nicht mit dem einfacheren, aber weniger schmackhaften Verfahren durch Salzwasser kochen will. Für Erbsen ist es schon reichlich spät, aber noch nicht zu spät, auch die Rohtrabi füllen noch manches Glas mit künftigen Mittagessen. Eine besondere Rolle spielen die Gurken, die man jetzt schon für den gegenwärtigen Verbrauch als Salzgurken einlegt; Essiggurken, Senfgurken u. a. haben dagegen noch Zeit. Aber auch wer nicht über den Einkochapparat verfügt, kann sich für Wintervorrat sorgen. Das Dörren von Gemüse ist den Hausfrauen noch aus den Kriegsjahren bekannt. Der Winter, der uns bevorsteht, wird vielleicht ein ähnlich schwerer Spätmwinter, und wer dann mit seiner treuen Darre über kleiner Gasflamme (oder wenn sie's gut mit uns meint, in der Sonne) Bohnen, Erbsen, Weiztraut, Wirsing und vielleicht, wenn die Erfahrung dazu ausreicht, auch Pilze getrocknet hat, kann manche Suppe und manches Leipziger Allerlei aus dem Vorratfach herausholen. Ein besondere Note hat das Einmachen von Früchten. Wenn nicht sein Geldbeutel ein gebietendes

Gelt sagt, der könnte jetzt Glas um Glas mit dem schönsten Obst füllen und die Steintöpfe (nach dem Salzverfahren) dazu. Auch für die Marmeladen ist's hohe Zeit. Die letzte und beste, die Zwetschenmarmelade kommt wohl erst in vier Wochen dran. Aber die Mischmarmeladen müssen jetzt eingelocht werden, sonst hapert's mit dem Brotaufstrich bedenklich. Und die Moral von der Geschicht: Spare in der Zeit, sonst weißt du im Winter keine Antwort auf die nervenmordende Frage: „Was essen wir morgen?“

Ausschreibung von Domänen. Von den Domänen des Regierungsbezirks Cassel werden voraussichtlich zur öffentlichen Ausschreibung kommen: Im Jahre 1923: Lautenbach (Kreis Schwwege), Wilhelmshöhe (Kr. Hofgeismar), Robenberg nebst den Grundstücken der Saline und der Burg- und Malsch-Mühle (Kr. Grafschaft Schaumburg), Rückerode (Kr. Wigenhausen). Im Jahre 1924: Wilhelmshöhe mit Vorwerk Sichelbach (Stadtkreis Cassel), Germerode (Kr. Schwwege) Maberzell (Kr. Fulda), Neuenberg mit Vorwerk Hainbach (Kr. Fulda) und Blantenheim (Kr. Rotenburg a. F.)

Aus Nah und Fern

Niederhau. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag in der hiesigen Waggonfabrik. Beim Ausbessern eines Wagens fiel der Zimmermann St. mit einer 10 Meter hohen Leiter um und erlitt einen schweren Schlüsselbeinbruch und Rippenquetschungen, so daß er nach dem Schwere Landtrantenhaus gebracht werden mußte, wo er mit großen Schmerzen darniederliegt.

Malsfeld. Die Strecke Leinesfeld-Malsfeld ist in eine Nebenbahn umgewandelt, d. h. es verkehren auf dieser Strecke nur noch Personenzüge, während die Güterzüge ab Treysa von hier über Wehra geleitet werden. Die Fahrtzeiten der Personenzüge sind unverändert geblieben.

Cassel. Oberbürgermeister Scheidemann hat seinen Sommerurlaub angetreten. Wie es heißt, wird er ihn im Auslande verbringen. Näheres ist nicht zu erfahren.

Spitzen

Roman von Paul Sindbar.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

Wolfsina führte nun ein Leben ganz wie sie es sich wünschte. Dazu kam nun noch eine sehr ernsthafte Beschäftigung, die sie neuerdings eronnen hatte, — eine reizvolle, aufregende Beschäftigung, die ihren Geist in Anspruch nahm, ihren Scharfsinn anstachelte, ihre Aufmerksamkeiten füllte.

Wolfsina war etwa ein Jahr in London, und sie hatte von der Stadt genug gesehen, um sich davon zu überzeugen, daß es auf der ganzen bewohnten Erde kaum einen Platz gab, der zur Verwertung „ihrer“ Talente und Kräfte so geeignet wäre wie dieser.

Das Herz hochte ihr mächtig, als sie eines Abends zu später Stunde in ihrem Zimmer, in dem sie sich völlig unbelästigt mußte, die schwere eiserne Schatulle aus dem verschlossenen Koffer hob, auf den Tisch setzte, die öffnete und die alte Bibel, die sie vor zwei Jahren beim Antiquar in der Neuen Königsstraße für fünfundsiebzig Pfennige gekauft hatte, herausnahm. „Zwei Jahre nur! Wirklich nur zwei Jahre! Sie hätte die alte Kopie.“ Sie dachte sie eine Weile.

Sie schlug das Buch auf. Der papierne Schrein war unversehrt.

Mit dem Fallen der Seiten drückte sie die oberen ausgelegten Seiten durch und rief dann ein genügend großes Loch, um die kleinen papierernen Pakete, die sie selbst angefertigt hatte, herauszuschütten. Bei dem sehr unbehilflichen Geschäft dieser Ausschüttung empfand sie etwas merkwürdiges. Sie hatte die Pakete sorgfältig aus ihrer Hülle, legte die Papierchen beiseite und ordnete die Briefchen. Sie zählte: 41 kleine Pakete. Es war alles in Ordnung. Und wie damals nahm sie den einen und anderen der schönsten Brillanten und Saphire, beachtete sie, ließ sie unter der Lampe glitzern und freute sich über das feurige Gefanfel.

Endlich lezte sie die Stoffarbeiten in das Klisché-

entwurf ihres Ohernglases und verschloß alles, auch die überflüssig gewordene Bibel, die der geistlichen Verachtung entgegen, wieder in den eisernen Kasten. Die Papierchen warf sie ins Feuer.

Am anderen Tage eröffnete sie ihr Geschäft, das sie während der folgenden Monate andauernd in Anspruch nahm. Sie nahm einige der kostbaren Steine und begab sich zu einem großen Juwelier. Sie ließ dieselben einfach fassen, nach dem Mute des Juweliers als Armband. Sie drang auf größte Einfachheit der Fassung. Sie hatte das vorzüglich Gold und wollte eben nur die Steine zur Geltung bringen. Der Juwelier begriß das in diesem Falle vollkommen, die Steine seien in der Tat von außerordentlicher Schönheit. Sie unterrichtete sich im weiteren Gespräch nach dem amtierenden Werte.

Nach acht Tagen durfte sie die Arbeit abholen. Sie war mit der Ausführung zufrieden, zahlte und ging.

Diesmal war sie in tiefer Trauer. Sie fuhr mit der Bahn nach einer anderen Stadt und suchte und fand da einen anderen Juwelier.

Diesem erzählte sie, daß sie von einer teuren Verwandten ein sehr schönes Armband geerbt habe, das sie gern verkaufen möchte. Der Juwelier prüfte die Steine, erkannte die Fassung als die Arbeit eines ersten Londoner Goldarbeiters und bot einen Preis, der der Tage seines Kollegen ungefähr entsprach. Die Dame nannte ihren Namen, Baronin von Stoffow, gab ihre Adresse an: eine völlig unerwartete Adresse. Sie sah vornehm aus, war elegant gekleidet, ihr Auftreten war ruhig und sicher. Es lag nicht der geringste Anlaß vor, die Verkäuferin zu begarwöhnen. Der Anlaß wurde perfekt und die Dame empfahl sich mit einer leichten Kopfbewegung.

Wolfsina kam achtzig Pfund Sterling reicher nach Hause als sie ausgegangen war.

In ganz ähnlicher Weise, nur mit zahllosen Varianten in Einzelheiten, setzte sie ganz allmählich die Steine und Perlen, die früher der Gräfin Sultane von Hened gehört hatten, in klingende Münze um.

In ihren Hauptzügen war die Manipulation immer dieselbe: daß sie die Juwelen in dem einen Stadtdiertel einfach fassen ließ, und in einem anderen verkaufte, und sich bei dem einen Juwelier immer danach erkundigte, was der andere ihr ungefähr zu zahlen hatte. Sie führte genau Buch über ihre Geschäfte. Die Kosten der Fassung spielten keine Rolle, sie wurden als Geschäftsspesen betrachtet. Alles das wickelte sich vollkommen glatt und in der unauffälligsten Weise ab.

Sie hatte im Verlaufe von zehn Monaten auf diese Weise mit sechzehn Juwelieren der kolossalen Stadt, die oft meilenweit von einander entfernt wohnt, Verbindungen angeknüpft, alles in alles so ein Kapital von über dreitausend Pfund Sterling zusammengebracht und dazu noch so und so vielen großen Goldschmieden zu einem guten Geschäft verholfen.

Als das letzte dieser Geschäfte abgeschlossen war, als sie die sauberen Noten der Bank von England überzählte, und sie sich klar machte, daß sie von dem Erlöse ihres Juwelenhandels und den Zuwendungen ihres treuen Freundes Ludwig Otter, der sich bei seinem letzten Aufenthalte edelgütig mit ihr abgefunden hatte, da er als folter Chemann demnach ein neues Leben anfangen mußte, ein Vermögen von nahe an sechzigtausend Mark besaß, als sie sich vergegenwärtigte, daß sie nun nichts mehr zu verbergen hatte, daß jeder sachliche Zeuge für ihren Zusammenhang mit dem Verbrechen in der Wilhelmstraße befähigt war, daß der Mantel mit der Vamoralpige irgendwo in Wien von den Worten zerfallen würde, und die Steine und Perlen in allen möglichen Fassungen über das riesige London zerstreut und von da irgendwo vielleicht schon wieder in aller Herren Länder weitergewandert waren, — da überkam sie ein mächtiges, unbewusstes Sehnen nach der Heimat.

Es hatte sie ja schon oft stark angefaßt, aber die Furcht vor Gefahren, die ihrer dort möglicherweise harren, hatte es verdrängt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichswehrsoldat.

Der Eintritt ins Heer erfolgt am 1. April 1921. Der Eintritt jedes Jahres. Man kann sich jederzeit melden, und zwar bei dem Truppenteil, bei dem man zu dienen wünscht, oder, wenn man einen Posten nicht weiß, bei dem Divisionskommando: 1. Division Königsberg, 2. Stettin, 3. Berlin, 4. Dresden, 5. Stuttgart, 6. Münster i. W., 7. München, 8. Kav. Division Frankfurt a. D., 2. Breslau, 3. Kassel. Man verpflichtet sich für einen 12-jährigen Dienst, muß körperlich tauglich und unbescholten, mindestens 1,53 Meter groß und unverheiratet sein. Man hat ein zugehöriges Geburtszeugnis, ein polizeiliches Führungs- oder Kennungszeugnis mit polizeilich geformtem Lichtbild, Zeugnisse der Arbeitgeber möglichst über die letzten zwei Jahre und als Schüler das letzte Schulzeugnis. Der freiwillige unter 21 Jahre muß daneben die amtlich bestaunigte Einmütigung des gesetzlichen Vertreters (Vaters oder Vormundes) zum 12-jährigen Dienst im Heere beibringen.

Die Einstellung erfolgt anstandslos als Gemeiner, jeder rückt jedoch nach Maßgabe seiner Fähigkeiten auf. Der freiwillige kann es nach zwei Jahren zum Obersten, Oberleutnant usw., nach 4 Jahren zum Oberleutnant und nach 6 Jahren zum Obersten bringen. Nach dreijähriger Dienstzeit kann der Freiwillige nach bestandener Prüfung Unteroffiziersanwärter, alsdann nach vierjähriger Dienstzeit Unteroffizier, nach 12-jähriger Dienstzeit als Unteroffizier Unterfeldwebel und nach 14-jähriger Dienstzeit als Unterfeldwebel Feldwebel werden.

Der die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweist, kann nach Ableistung der Offiziersanwärterprüfung und Befehl der Wehrbehörden Offizier werden. Aber die Ausbildung des Soldaten erfolgt nicht nur auf militärischem, sondern auch auf wissenschaftlichem und fachmännischem Gebiete zur Vorbereitung für die verschiedensten Berufe nach der Dienstzeit. Der die Beamtenlaufbahn bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden einzuschlagen gedenkt, erhält hierzu einen schulpflichtigen Fortbildungskursus, welcher Kaufmann, Bankwerker, Techniker oder Landwirt werden will, außerdem einen fachwissenschaftlichen Unterricht. Dazu kommen nach dem Wehrmacht-Vorparat. Das Gesetz zum Übergang in einen anderen Beruf zum geldliche Vergütungen. Sie bestehen in einer Übergangsgebühr und einer Übergangsbeihilfe. Nach 12-jähriger Dienstzeit erhält der Soldat als Übergangsgebühr im 1. Jahre nach dem Ausscheiden sechs Wästel, im 2. fünf Wästel und im 3. vier Wästel und zuletzt bezogenen Ruhegehaltsfähigen Dienstentlohnens. Bei Verzicht auf den Zivildienst tritt zur Übergangsgebühr und Übergangsbeihilfe außerdem in jedem der auf das Ausscheiden folgenden drei Jahre eine Zulage von 2000 Mark und drei Jahre lang die Hälfte der bisherigen Teuerungszuschläge und die ganzen Kinderzuschläge. Ist mit dem Berufswechsel ein Wohnungswechsel verbunden, so erhält der ehemalige Soldat die vollen Zuschüsse zum Umzugskosten, wenn der Umzug innerhalb eines halben Jahres nach dem Ausscheiden erfolgt, die halben Umzugskosten beim Umzug im 7. bis 12. Monat nach dem Dienstantritt.

Zur Erleichterung der ländlichen Ansiedlung kann schließlich noch eine Reichsbürgschaft gegeben werden. Diese Bürgschaft wird vom Reich vom 1. Januar 1921 an in der doppelten Höhe der von dem Auswandernden aus eigenen Mitteln bereitgestellten Gelder übernommen.

Die Versorgung beim Ausscheiden wegen Dienstbeschädigung oder Krankheit richtet sich nach dem Wehrmacht-Versorgungsgesetz unter Einbeziehung des Reichsversorgungsgesetzes.

Die Hinterbliebenen von Unteroffizieren und Mannschaften, deren Tod auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen ist, werden nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes versorgt. Ist der Tod nicht die Folge einer Dienstbeschädigung, aber während der Zugehörigkeit zur Wehrmacht eingetreten, so erhalten die Witwen und Waisen zwei Drittel der im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Beträge.

Das Londoner Sachverständigen-Gutachten.

Ablehnung der Vorschläge Poincarés.
Der zweite Tag der Londoner Konferenz war ganz von den Beratungen der Sachverständigenkommission in Anspruch genommen, die auf Antrag Lloyd Georges mit der Prüfung der Vorschläge Poincarés beauftragt worden war. Diese Vorschläge sahen bekanntlich eine stufenweise Kontrolle über das gesamte deutsche Wirtschaftsleben vor. So verlangte Poincaré eine Kontrolle der Reichsbank, eine Kontrolle der Ausfuhrgenehmigung, eine Überwachung des Marktes in Anbetracht der Wehrmacht, ferner eine Sonderbesteuerung der Ausfuhr, die Wiederherstellung der Zollgrenzen im Rheinland gegen Deutschland, eine Kontrolle der Einnahmen aus Bergwerken und Wäldern und schließlich eine Beteiligung an der deutschen Industrie.

Ihrem Auftrag entsprechend hatte die Sachverständigenkommission, die sich aus den alliierten Finanzministern und ihren Mitarbeitern zusammensetzte, die Frage geprüft, ob die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen „produktiv“ sind, d. h. ob sie geeignet sind, aus Deutschland erhebliche Mehrerlöse für Reparationszwecke herauszubekommen.

Wie es heißt, haben die Sachverständigen sich dahin geeinigt, daß die Maßnahmen eine im Vergleich zu der deutschen Gesamtbeschäftigung nur geringe Summe einbringen würde, die auf höchstens 300 bis 400 Millionen Goldmark geschätzt werde. Insbesondere wurde von englischer Seite eingewandt, daß diese Maßnahmen die Gefahr mit sich bringen könnten, das deutsche Wirtschaftleben völlig in Unordnung zu bringen, was im Vergleich zu der möglicherweise zu erlangenden Summe in gar keinem Verhältnis stehe. Der englische Widerstand richtet sich insbesondere ge-

gen die Befreiung der Kohlen aus dem Ruhrgebiet. Ferner hat die Mehrheit der Sachverständigen den Vorschlag abgelehnt: die Errichtung einer inneren Zollgrenze, die Beschlagnahme der staatlichen Forsten und die Forderung nach Abgabe von 26 Prozent des deutschen Industriekapitals.

Lloyd George droht mit dem Bruch der Entente.
Der Privatsekretär Lloyd Georges hat den Vertretern der englischen Presse offiziell erklärt, daß Lloyd George entschlossen sei, den Gesamtplan Poincarés abzulehnen. Er sagte dieser Erklärung hinzu, daß, wenn Poincaré sein Programm nicht abändere, das unvereinbar würde. Diese energische Haltung des Premierministers ist auf die Erklärung Poincarés hin erfolgt, daß Frankreich sich seine volle Handlungsfreiheit vorbehalte, falls seine Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden sollten.

Ein belgischer Vermittlungsversuch.
Der belgische Ministerpräsident Deunis hat den Versuch gemacht, eine Ueberbrückung des englisch-französischen Gegensatzes herbeizuführen. Sein Vermittlungsvorschlag geht dahin, Deutschland für zwei bis vier Monate Zahlungsaufschub zu gewähren. Einem solchen Moratorium habe sich ja auch Poincaré selber nicht grundsätzlich widersetzt, und die eine oder die andere seiner Garantieforderungen würden dabei doch wohl angenommen werden. Die Haupterörterung der Reparationsfrage werde dann bis Ende September oder Anfang Oktober vertagt werden.

Die Kriegserklärung an Frankreich.

Poincaré wieder einmal Lügen gestraft.
Der französische Ministerpräsident Poincaré hat kürzlich in einer Rede in der Pariser Kammer erneut die Behauptung aufgestellt, daß der frühere deutsche Botschafter in Paris Freiherr von Schoen bei Abgabe der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich den ersten und wesentlichsten Teil des ihm erteilten Auftrages, der sich auf die Besetzung deutscher Gebiete durch französische Truppen bezog, gescheitert übergegangen und sich auf die Ermahnung von Fliegerangriffen deshalb beschränkt habe, „weil diese nicht sofort nachsprühen waren“.

In einem offenen Brief an Poincaré erhebt Herr v. Schoen jetzt gegen diese Darstellung, die ihm einen überaus schweren Verstoß gegen seine Amtspflicht und gegen die Wahrheit vorwerfe, Einspruch und erinnert an seine frühere Feststellung, daß das Telegramm des deutschen Reichskanzlers, das die Kriegserklärung enthielt, stark verstümmelt war. Es waren in ihm, genau wie in einer vorhergehenden Denkschrift des Staatssekretärs v. Jagow, gerade die Stellen, die sich auf französische Truppenangriffe bezogen, völlig entfallen.

„Als ich“, so schreibt Botschafter a. D. v. Schoen, vor sechs Uhr bei Herrn Ministerpräsidenten Briand vorbrach, um meinen Auftrag zu erfüllen, machte ich ausdrücklich auf die Telegrammverstümmelung aufmerksam und gab der Vermutung Ausdruck, daß der nicht lesbare Teil der Depesche weitere französische Feindseligkeiten betraf. Der bei der Unterredung mit anwesende politische Direktor Margerie bestätigte meinen Hinweis mit der Bemerkung, daß am Quai d'Orsay seien in den letzten Tagen mehrfach verstümmelte Telegramme eingelaufen. Die Tatsache der Depescheverstümmelung sowie der richtige Wortlaut der Kriegserklärung ist, nachdem ich in die Lage gekommen, meiner Regierung Aufklärung und Beweise persönlich zu übergeben, alsbald, am 7. August 1914, amtlich bekannt gegeben worden. Jede von diesen Tatsachen abweichende Darstellung der Vorgänge widerspricht der Wahrheit.“

Am Anfang an diese Feststellung ersucht der ehemalige Botschafter den französischen Ministerpräsidenten um Abfertigung seiner falschen Behauptung. Daß Poincaré Schoens Wunsch erfüllen wird, ist wohl mehr als fraglich.

Neue Enthüllungen.

Die Kriegsschuldigen entlarvt.
Dem Hauptverheber des Weltkrieges ist das neueste Heft der „Süddeutschen Monatshefte“ gewidmet, das den vielversprechenden Titel „Poincaré“ führt und sich eingehend mit dessen deutschfeindlichen Politik vor dem Kriege beschäftigt. In dem Heft findet man die unwiderleglichen Beweise dafür, daß Poincaré als Außenminister in den Vorjahresjahren der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland sich mit aller Kraft widersetzte und den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich systematisch vorbereitet hat. Von ungeheurer Bedeutung sind zahlreiche, bisher noch unbekannt gebliebene Dokumente, vor allem die Protokolle der Beratungen der Generalstabsoffiziere der russischen und französischen Armee aus den Jahren 1911, 1912, 1913, die jetzt zum ersten Male der Öffentlichkeit bekannt werden.

Als Poincaré im Januar 1912 nach dem Sturze Caillaux aus Indien kam, begann er alsbald gegen Deutschland zu intrigieren. Auf seine Veranlassung wurde der russische Mobilisationsplan aus einem defensiven in einen offensiven verwandelt. 1912 tritt Poincaré seine erste Reise nach Russland an. Bei dieser Gelegenheit fanden auch geheime Aussprachen zwischen den Leitern der französischen und russischen Generalstäbe statt, wobei die Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland bereits bis ins einzelne vereinbart wurden. Aus den oben erwähnten Protokollen der Generalstabsoffiziere geht vor allem hervor, daß bei der Mobilisation des deutschen Heeres Russland und Frankreich verpflichtet sind, sofort ihre Streitkräfte mobil zu machen. Deutschland soll zur gleichen Zeit im Osten und im Westen angegriffen werden. Auf besonderen Wunsch der französischen Regierung und des französischen Generalstabes wird das russische Eisenbahnnetz, das an die Westgrenze führt, durch Legung neuer Strecken wesentlich verstärkt.

Um die russischen Bedenken wegen eines etwaigen Misslingens eines gemeinsamen russisch-französischen Vorgehens gegen Deutschland zu zerstreuen, ließ Poincaré dem russischen Außenminister Sazonow, nach dem Willen von den engen Beziehungen zwischen Frankreich und England nicht der geringste schriftliche Vertrag existiere, die General- und Abkommensstöße beider Länder in intimer Verbindung miteinander stehen und einander ununterbrochen völlig aufzuklären könnten. Die Form war ein mündliches Übereinkommen, wonach England Frankreich wohl zu Lande wie zur See Hilfe verbrachte und hunderttausend Mann an die belgische Grenze schickte.

So bereitete Poincaré schon in der Zeit, als die auswärtige Politik Frankreichs leitete, den Weg gegen Deutschland vor, und bald darauf rief er als Präsident der französischen Republik aus: „Es ist in der Welt nicht möglich, mit Nachdruck friedfertig zu sein, anher unter der Bedingung, daß es immer beständig zum Kriege ist.“ Das war ein Wink nach Petersburg, daß Frankreichs Missionen beendet waren und daß Letzt die Zeit zum Vorschlagen gekommen war.

Heer und Politik

Untersuchungsausschuss für die Reichswehr.

Der Reichswehrminister Dr. Gessler hat dem Reichsherrn jetzt amtlich Kenntnis gegeben von der Erklärung, die er aus Anlaß der im Reichstag am 1. September 1920 abgegebenen und unabhängigen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg eingebrachten Interpellationen durch seinen Bericht an den Reichspräsidenten, in dem er um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet. Er hat dazu folgenden Vorschlag an das Reichsherrn gerichtet:

„Ich lege Wert darauf, diese Maßnahme der Untersuchung zu geben und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß eine derartige Untersuchung als der beste, wenn nicht als der einzige Weg erscheint, um die systematische Propaganda gegen das Heer in der Öffentlichkeit aufzuklären und dadurch die Parteien der Reichswehr zur Anerkennung des durch das Hindenburggesetz herbeigeführten Zustandes der Reichswehr zu zwingen. Das Hindenburggesetz wird und muß von jedem Unparteilichen als gerecht und wieder in Obergrenzen gern anerkannt werden. Die Gessler vorzukommen, die sich in einer so großen Gemeinschaft nie ganz vermeiden lassen, werden sich abgeheilt. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen und brauchen keine Untersuchungen zu führen.“

ges. Dr. Gessler.

Politische Rundschau.

Berlin, den 10. August 1922.

Engagement anderslautenden Meldungen stellt der Vorsitzende des Ausschusses für die Reichswehr, Graf v. Helldorf, fest, daß der ganze Ausschuss gegen die Entlassung gestimmt hat.

Die Wehrbehörden hat das in Wien erscheinende Wochenblatt „Das freie Wort“ für die Entlassung von Graf v. Helldorf, Duisburg und Ruhrort dauernd verurteilt.

Die Verhandlungen mit der bayerischen Kommission. Der bayerische Ministerpräsident Graf v. Helldorf ist Mittwoch früh in Begleitung des bayerischen Innenministers Schreyer und des Justizministers Guenther in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen über das Reichsschutzgesetz bzw. die bayerische Verordnung dazu haben im Laufe des Vormittags beim Reichspräsidenten begonnen. An den Verhandlungen nehmen der Reichskanzler und die beteiligten Reichsressorts teil. Nach den einleitenden Verhandlungen beim Reichspräsidenten werden sie beim Reichskanzler Dr. Wirth fortgeführt werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen voraussichtlich noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen und zu einem verbindlichen Ergebnis führen werden. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat die Absicht, nach Abschluß der Verhandlungen mit Bayern seinen Urlaub anzutreten.

Auslieferung der deutschen Frachtschiffe. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Liste von 275 Frachtschiffen (Schleppdampfern, Hafenschleppern, Schleppschiffen und Lagerdampfern), die auf Grund des Friedensvertrages für das Reich neu beschlagnahmt werden, um eventuell an die Entente abgeliefert zu werden. In diese Liste sind bereits Schiffe von 110 bis 819 Tonnen aufgenommen. Welche Folgen eine solche weitere Ablieferung unserer Frachtschiffahrt auf den Austausch unserer Kriegsgüter, namentlich Kohlen und Getreide, haben muß, braucht nicht näher erläutert zu werden. — Aus der französischen Hafenpolitik kommt die Meldung, daß von der deutschen Regierung ein Troßendorf als Teil der Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten Schiffe übergeben wurde.

Oberflächenreise der alliierten Grenzkommission. Die internationalisierte Grenzkommission beschäftigt, demnach die neue deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien zu bereiten und die Bevölkerung über ihre Ansicht zu befragen, ob die neue Grenze den wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. — Als ob die deutsche Grenzregelung je den wirtschaftlichen Erfordernissen Obereschlesiens entsprechen könnte!

Der 11. August im besetzten rheinischen Gebiet. Die Rheinlandkommission hat dem Reichs- und preussischen Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, wie der amtliche Kreisrat, Bescheid mitteilt, am 5. August folgendes Schreiben gefandt: „In Erwiderung Ihres Schreibens vom 31. Juli beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Rheinlandkommission gegen das beabsichtigte Flaggen im besetzten Gebiet am 11. August 1922 in den Farben des Reichs der Länder, der Provinzen oder der Städte zur Erinnerung an die Unterjochung der neuen deutschen Reichsverfassung keine Einwendungen erhebt, mit dem Vorbehalt, daß dieses Flaggen die öffentlichen

die Anerkennung der Staatsregierung in Form einer Dankurkunde ausgesprochen werden.

3 Mark für ein Stück Handgepäck. Die Bahnen der Reichsbahn für Handgepäckabnahme werden von 1,50 Mark auf 3 Mark und für größere Pakete von 3 Mark auf 5 Mark erhöht.

Scherz und Ernst.

Ein weißrussischer Legationssekretär. Fast hat es den Anschein, als habe der Weltkrieg, der so viele Neuerungen im Gefolge gehabt hat, den Frauen abermals einen Verstoß, der sich bisher ängstlich vor ihnen verschloß, nunmehr eröffnet, nämlich die diplomatische Laufbahn. So wird jetzt aus Sofia berichtet, daß Fräulein Madefschka Stancloff zum ersten Sekretär der bulgarischen Gesandtschaft in Washington ernannt worden ist. Die junge, 27-jährige Dame, die sechs Sprachen spricht und schon bei den Friedenskonferenzen in Paris und Genoa als Dolmetscherin gewirkt hat, ist eine Tochter des derzeitigen bulgarischen Gesandten in Paris Dmitri Stancloff, der dem Erbprinzen Ferdinand von Bulgarien von gemeinsam in Wien verbrachter Jugend her eng befreundet geblieben ist, und ihre Mutter, eine Gräfin Grenaud de Saint-Christophe, ist die Tochter eines Franzosen, der am bulgarischen Hofe das Amt des ersten Kammerherrn bekleidete.

Chronik des Tages.

Die Finanzsachverständigen der Londoner Konferenz haben die von Poincaré vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen verworfen, da sie nur eine im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe bringen.
Lloyd George stellt einen Antrag der Entente in Aussicht, falls Poincaré sein Reparationsprogramm nicht ändere.
Ein belgischer Vermittlungsvorschlag steht eine vorläufige Sitzung der deutschen Jährlinge auf zwei bis vier Monate und eine Vertagung der Reparationsdebatte bis zum Herbst vor.
Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist am Mittwoch vormittag in Berlin eingetroffen und hat sich bald nach seiner Ankunft zum Reichspräsidenten begeben.
In England zählte man im Juli 1 862 300 Deutsche gegen 19 200 Deutsche.

Schlussdienst.

Lloyd George wieder umgefallen?
Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter von Havas erklärt, über die heute vormittag stattgehabte Unterredung zwischen Poincaré, Lloyd George und Heimlich berichten zu können, Lloyd George habe von den französischen Vorschlägen an Genommen: die 26-prozentige Abgabe noch auf festen französischen Ausfuhr, die Beschlagnahme der Zolleinnahmen und die Kontrolle der Staatsgruben im Ruhrgebiet und der Staatsforsten auf dem linken Rheinufer. Die anderen Vorschläge wie die Zollschranke in den Rheinlanden und im Ruhrgebiet stießen noch auf festen Widerstand der englischen Regierung. Auch Poincaré scheint unzufrieden zu sein. Die Sachverständigen sollten nachmittags nochmals die Frage der freitragenden Pfänder prüfen.

Die Deutscherenausweisungen aufgeschoben.
Paris, 9. August. Dem „Journal“ wird aus Straßburg berichtet, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die ausgewiesenen Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben.

Die bayerischen Verhandlungen.
Berlin, 9. August. Im Anschluß an den Besuch des Grafen Lerchenfeld beim Reichspräsidenten fand in der Reichskanzlei eine kurze Aussprache zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler statt. Kurz darauf begann eine gemeinsame Sitzung der bayerischen Vertreter mit der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. Daran nahmen von der Reichsregierung teil der Reichskanzler, die Minister Dr. Kappeler, Schmidt, Dr. Koester, Dr. Fehr. Von bayerischer Seite war außer den genannten Herren noch der Gesandte von Freger anwesend. Es wurde zunächst der ganze Komplex der zu klärenden Fragen durchgesprochen. Die Gesamtsprache wurde in einzelne Materien getrennt, die in den betreffenden Ressorts weiter beraten werden. Die Verhandlungen spielen sich in durchaus sachlicher und verbindlicher Form ab.

Das französische Ausplünderungsprogramm.
Paris, 9. August. Wie die letzten Londoner Meldungen bezeugen, hat Poincaré folgende Vorschläge der Konferenz unterbreitet: Der Garantieschuss erhöht 26 Prozent der fremden Devisen, die Deutschland durch seine Ausfuhr erzielt. Der Ausschuss erhöht aus die deutschen Zolleinnahmen. Die Staatsgewerke Deutschlands werden beschlagnahmt und die gesamte Förderung auf dem linken Rheinufer werden an die Alliierten ausgeliefert. Die metallurgischen und verwandten Produkte, die im Ruhrgebiet hergestellt werden, werden besteuert, und zwar soll zu diesem Zweck eine Zollschranke errichtet werden, die das ganze Ruhrgebiet umfassen soll. Die Steuereinnahmen auf dem linken Rheinufer gehen an die Alliierten. Diese werden bis zu 60 Prozent an allen Farbstoffabriken auf dem linken Rheinufer beteiligt. Ferner soll eine genaue Kontrolle der Papiergeldausgaben Deutschlands erfolgen.

Der Ertrag der Pfänder.
Paris, 9. August. Wie der „Petit Parisien“ aus London erfährt, ist der belgische Vertreter Remetmans mit der Ausarbeitung des Sachverständigenrats beauftragt worden. Das Memorandum soll angeht folgende Angaben enthalten: 1. die 26-prozentige Abgabe auf ausländische Devisen sei gemeinsam auf 1250 Millionen Goldmark im Jahre abgeschätzt worden; der Ertrag der deutschen Zolleinnahmen sei ungefähr auf 300 Millionen festgesetzt worden; 2. die 60-prozentige Abgabe vom Aktienkapital der auf dem linken Rheinufer gelegenen Farbwerke, die einem interalliierten Syndikat übermitteln werden soll, soll wie die Sachverständigen sagen, 600 Millionen Goldmark ergeben. Der Ertrag der Bergwerke und Staatswaldungen wurde auf 60 Millionen bemessen. Die neue Zollschranke sowie die Sonderbesteuerung der Ruhrkohle wurden von den Engländern abgelehnt.

Die pfälzischen Landwirte gegen die Getreideumlage.
Ludwigshafen, 9. August. Der die drei landwirtschaftlichen Organisationen der Pfalz umfassende Aktionsausschuß hat erklärt, daß keine landwirtschaftliche Organisation der Pfalz an der Durchführung der Getreideumlage mitwirken werde, und daß der Schutz der Landwirte gegen Zwangsmaßnahmen der Regierung organisiert werden wird.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 47 eingetragen worden:

Firma Otto Fenner in Spangenberg und als deren Inhaber der Architekt Theobald Fenner in Spangenberg.

Spangenberg, den 4. August 1922.

Das Amtsgericht.

Rum, Arrak, Cognak
Nordhäuser Steinhäger
feinste Liköre
Rot- und Weißweine
Sekt
Richard Mohr.

Welches sind die besten
Liköre?
die, allbekanntesten
Rückforth-Liköre
sind die besten.
Zu haben bei
Karl Bender.
Empfehle noch:
Nordhäuser, Rum, Cognak
Steinhäger, Sekt

Stempel
liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei.

Pr. Hirschfleisch

empfehlen
August Meurer,
Weggermeister

Alles

was zur Branche gehört,
finden Sie bei mir.

für den Haushalt

Wanduhren
Weckeruhren
Bestecke
Barometer
Thermometer

für Herren

Taschenuhren
Uhrketten
Zigarettenspitzen
Etuis
Taschenmesser
Kassierapparate

für Eheleute

Teuringe
jeden Feingehalts
und jeder
Preislage

für Damen

Damenuhren
Collierketten
Anhänger
Haarspangen
Stiefchen,
Kleine Trennmesser
Medaillons

billig und preiswert

Zahle hohe Preise für altes
Gold und Silber, ausl. Münzen
(keine Reichsmünzen) **Quecksilber**

Friedmann's
Uhrenhandlung u. Reparaturwerkstatt

Zimmerleute

gesucht

Fahrtgeld wird vergütet.

Fritz Röder

Koch- u. Fleisbau-Unternehmung
Hess.-Lichtenau

Alte Zeitungen

als Einwickelpapier kauft
Richard Mohr

Freitag früh

frische Fische

Richard Mohr.

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Marktaschen, Akten-
taschen, Geldscheintaschen
Gummibälle

Richard Mohr.

L. Pfeiffer

Bankgeschäft,

Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**
Postcheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.

Vernichtung aller bankmäßigen Geschäfte.

Scheckrechnungen

Zinssatz 3%

Depositen- (Spar-) Rechnungen

Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Alle Sorten Papierabfälle

wie alte Zeitungen, Bücher, Akten etc.
kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen

Hess. Papier- u. Kartonnagen-Industrie
G. m. b. H.

Die Zahlung der Eidgebühren

hat, soweit nicht bereits geschehen, Freitag, den 11. August, nachm. 2 Uhr zu erfolgen. Bei Unterlassung findet Abholung auf Kosten der Säumigen statt.
Spangenberg, den 10. August 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.